



Kassel, 05.04.2010

## Bundesrepublik drittgrößter Waffenexporteur Kritik am Rüstungsstandort Kassel notwendig

Kassel ist mit 2600 Beschäftigten einer der größten Rüstungsstandorte in der BRD. Schwerpunkte Panzer und gepanzerte Fahrzeuge. Kritik an den Waffenschmieden KMW und Rheinmetall ist bei OB Hilgen (SPD) und bei der Mehrheit der Parteien im Rathaus aber unerwünscht. Das musste Axel Selbert (Kasseler Linke/ASG) in der Stadtverordnetensitzung am 22.03. erfahren. Der hatte mit Hinweis auf die wachsenden Rüstungsaufträge vorgeschlagen, Kassel in „Stadt der Kriegsindustrie“ umzubenennen. Was folgte war ein hysterischer Ausfall vom Oberbürgermeister, der von „Beleidigung der Beschäftigten“ und vom Kriegswaffenkontrollgesetz faselte. Zustimmung erhielt er für seinen Versuch den Kritiker niederzumachen, von der Mehrheit der Stadtverordneten.

### Hauptsache Arbeitsplätze – egal was produziert wird?

Dass in Kassel Waffen gebaut werden, dafür sind natürlich nicht die Beschäftigten bei KMW und Rheinmetall verantwortlich. Die Arbeiter und Angestellten verdienen mit ihrer Arbeit ihren Lebensunterhalt. Wir gehen davon aus, dass viele von ihnen lieber Produkte herstellen würden, die der Menschheit Nutzen bringen.

Mit dem Argument Arbeitsplätze, versuchen Politiker und vor allem die Rüstungsindustrie, Kritiker an ihren tödlichen Geschäften mundtot zu machen. Aber es ist richtig und notwendig Waffenproduktion und -export zu kritisieren und deren Ende zu fordern. Sowie das Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und einen sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Mit Waffen, die u. a. in Kassel gebaut werden, werden Menschen getötet oder verletzt. Den vom Krieg betroffenen Menschen werden ihre Lebensgrundlagen zerstört. Krieg zerstört die Umwelt und hat große Auswirkungen auf die

Psyche der Betroffenen. Die Besatzungszeit der ehemaligen Sowjetunion mit einbezogen, dauert der Krieg in Afghanistan fast 30 Jahre. Kann sich jemand vorstellen, welche traumatischen Folgen so viele Jahre Krieg für Generationen von Afghanen haben?

Es ist ein Wahnsinn, dass modernste Technik dafür verwandt wird zu töten und zu zerstören.

### Warum Bernd Hoppe?

Die SPD hat grünes Licht gegeben für den Kriegseinsatz in Afghanistan. Die Kasseler SPD fiel bisher nicht durch eine kritische Haltung zu den örtlichen Rüstungsfirmen auf.

Stadtverordneter Hoppe hat sich nicht von den Ausfällen seines Parteifreundes Hilgen am 22.03. distanziert. Er ist in Kassel auch nicht als Kritiker am Afghanistankrieg oder den Rüstungsexporten bekannt. Trotzdem wurde er eingeladen, auf der Kundgebung zu sprechen.

Wir denken, dass es in Kassel Friedensaktivisten gibt, die als geeignete Repräsentanten der Friedensbewegung auf der Kundgebung der Ostermarschierer sprechen sollten.

### Rüstung und Kriege sind ein profitables Geschäft – alltägliche Korruption

Armut, Arbeitslosigkeit, Umwelt- und Klimazerstörung, das sind die drängenden Fragen, die gelöst werden müssen. Aber immer mehr Geld wird in die Waffenproduktion gesteckt.

Ein Großraumtransporter A 400 M von EADS beispielsweise kostet aktuell etwa 130 Millionen €. Vor kurzem hat der Konzern einen Zuschlag von 3,5 Mrd. € erhalten, weil angeblich die Kosten für den Flieger gestiegen sind. Dieses Vorgehen hat Methode. Der Staat garantiert den Konzernen Maximalprofite. Deshalb werden alle Rüstungsprojekte am Ende immer teurer, als sie ursprünglich geplant waren.

Um den Zuschlag für einen Auftrag zu bekommen, wird bestochen. Rüstungskonzerne wie KMW tarnen sich mit „gemeinnützigen“ Vereinen. Wie die DWT (Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik) oder der FKH (Förderkreis Deutsches Heer). Seit 2005 sind 3,7 Mio. € Spenden aus diesen Vereinen an CDU, SPD und FDP gegangen. Auch Abgeordnete, die in Ausschüssen über die Vergabe von Rüstungsaufträgen entscheiden, werden bestochen.

### **Rüstung und Kriegseinsätze: reine Machtpolitik**

In Kassel wird von der Mehrheit der Parteien so getan, als sei Waffenproduktion etwas Selbstverständliches. Nach dem Motto: die einen bauen Autos, die anderen eben Panzer. Die HNA unterstützt die Kasseler Panzerbauer. Sie findet in Artikeln Worte wie „Exportschlager“ oder hebt die besonderen „Qualitäten“ der Waffen hervor. Die Militarisierung der bundesdeutschen Gesell-

schaft schreitet immer schneller voran. Kritiker von Rüstung, Militarisierung und den Kriegseinsätzen der Bundeswehr müssen der Bevölkerung sagen, dass es nicht um den Erhalt des Friedens und um Arbeitsplätze geht. Das Gerede vom Kampf gegen den internationalen Terrorismus soll verschleiern, dass es in Wahrheit um Machtpolitik geht. Handelswege, Rohstoffgebiete und Länder von geostrategischer Bedeutung, sollen mit Hilfe des Militärs unter Kontrolle gebracht werden. Diese Machtpolitik geht zu Lasten der bundesdeutschen Bevölkerung und der Bevölkerungen der betroffenen Länder.

### **Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan!**

### **Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!**

### **Solidarität mit dem palästinensischen Volk**

Letztes Jahr am Ostermarsch war das Massaker der israelischen Armee im Gazastreifen, ein bestimmendes Thema. Auch nach über einem Jahr, sind die Zerstörungen des Gazakriegs 2008/2009 noch nicht beseitigt. Israel blockiert weiter den Gazastreifen und verhindert Lieferung von Baumaterial. Israels Besatzungsterror in besetzten Gebieten geht weiter. Täglich werden die Menschenrechte durch die israelischen Besatzer mit Füßen getreten.

Zwar hat sich die Kritik an Israels Siedlungspolitik verstärkt, aber sie ist oft unglaubwürdig. Seit Jahrzehnten bereits verstößt das Regime mit seiner illegalen Besiedlung gegen das Völkerrecht. Trotzdem wurden die israelischen Regierungen von der Bundesrepublik, den USA und anderen Ländern wirtschaftlich, militärisch und propagandistisch unterstützt. Netanjahu weiß, dass seine so genannten Verbündeten ein starkes Israel im Nahen Osten wollen. So lange Israel ihr Vorposten bleibt, ist für den Westen das Schicksal der Palästinenser zweitrangig.

**AUF-Kassel** fordert den Kasseler Magistrat weiter auf, sich bei Treffen mit Vertretern der Stadt Ramat Gan, gegen die illegale Siedlungspolitik und für die Forderung der Palästinenser nach einen unabhängigen palästinensischen Staat, mit Ostjerusalem als Hauptstadt einzusetzen.

### **Wer ja sagt zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr, nimmt auch Kriegsverbrechen in Kauf**

Das Massaker von Kundus wird kein Einzelfall bleiben. Vermutlich werden in Afghanistan täglich Menschen umgebracht oder verletzt, weil Soldaten Verhalten falsch verstehen und schießen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass solche Verbrechen als „bedauerlicher Vorfall“ oder als „Kollateralschäden“ umgedeutet und verharmlost werden. Wer Kriegsverbrechen verhindern will, muss sich für den Abzug der Bundeswehr einsetzen.

Die Opfer von Kundus müssen entschädigt werden. Die verantwortlichen Militärs und Politiker müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

### **Wahlbündnis AUF-Kassel**

**Stadtverordnete:** Nuray Yildirim, Rathaus

#### **Kontakt:**

Karin Groenewoud

Schopenhauerstr. 8, 34121 Kassel

Tel.: 05 61 / 67 3 20

e-mail: auf-kassel@gmx.de

**Kasseler Sparkasse:** Konto-Nr.: 10 84 86 3,  
Blz : 520 503 53

**homepage:** [www.auf-kassel.de](http://www.auf-kassel.de)

**Unterstützt Auf-Kassel - werdet Mitglied**